

Zuschuss für Kinderkrippe

Kreisjugendamt genehmigt zwölf weitere Plätze

GLASHÜTTEN

Den Krippenplatzbedarf von zwölf Kindern im von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) betreuten Kindergarten Altes Schloss hat der Gemeinderat bei seiner Sitzung einstimmig festgestellt.

In seiner Sitzungsvorlage erinnerte Bürgermeister Werner Kaniewski an eine erneute Abfrage im Mai 2010 für eine Kinderkrippe. Die Ergebnisse zeigten, dass zwingend fünf Kinder einen Krippenplatz benötigen. Weitere sechs verbindliche Anmeldungen von Glashüttener Krippenkindern und zwei weitere aus dem Gemeindebereich Mistelgau für das Kindergartenjahr 2010/2011 runden die Abfrage ab. Zudem, so der Bürgermeister, werde sich erfahrungsgemäß der Bedarf für einige Kinder der betreffenden Jahrgänge noch erhöhen, für die eine Meldung noch erfolgen wird. Das Kreisjugendamt Bayreuth habe mit Anerkennungsbescheid vom 6. Februar 2009 für den zweigruppigen Kindergarten 50 Ganztagsplätze anerkannt. Bezugnehmend auf eine Besprechung mit dem Kreisjugendamt Ende April 2010 wird das Amt für den Glashüttener Kindergarten zwölf Krippen-

plätze für Kinder unter drei Jahren ab dem Kindergartenjahr 2010 genehmigen. Eines Erweiterungsbaus bedürfe es nicht, so der Bürgermeister. Die derzeitigen Räumlichkeiten seien ausreichend. Für die Ausstattung der Kinderkrippe würden entsprechende Zuschussanträge eingeleitet.

Keine Beanstandungen stellte der örtliche Rechnungsprüfungsausschuss unter Vorsitz von Gemeinderat Gerd Großmann (SPD) bei der Prüfung der Jahresrechnung 2008 fest. Einstimmig stellte deshalb der Gemeinderat den bereinigten Verwaltungshaushalt in Höhe von 1,418 Millionen Euro und den Vermögenshaushalt mit 648 000 Euro fest.

Der von der Telekom angekündigte Abbau der einzigen Telefonzelle im Ort war für Kaniewski Anlass für einen Brief an den Konzern, den er in der Sitzung erläuterte. Darin warf er der Telekom „Gewinnmaximierung“ vor und dass sie ihre Monopolstellung ausnütze. Die Telekom begründete den Abbau der Telefonzelle mit dem Hinweis auf den Erlös von weniger als 50 Euro im Monat. Um die Unkosten zu decken, bedürfe es mehr als 50 Euro. Kaniewski hofft nach wie vor, dass seitens der Telekom ein Umdenken erfolgt. dj